

zur BA-Sitzung
am 10.09.2013

Münchner Merkur Nr. 228 | Mittwoch/Donnerstag, 2./3. Oktober 2013

Stäblistraße bleibt ein Aufreger

Autobahn-Durchstich ist zwar gekippt, das Baureferat lehnt die Rückstufung der Staats- zu Ortsstraßen aber vorerst ab

Zwar ist das Thema Durchstich der Stäblistraße in Forstenried längst vom Tisch – indirekt sorgt das von der Regierung von Oberbayern gekippte Vorhaben allerdings weiter für Ärger. Im Jahr 2012 wurde als Vorbereitung für das Vorhaben der Straßenzug Stäblistraße, Lochhamer Straße und Siemensallee zur Staatsstraße aufgestuft. Anwohner wollen, dass dies nun rückgängig gemacht wird. Doch das Baureferat hat andere Pläne.

Immer wieder fordern Bürger, den mitten durch ein Wohngebiet führenden Straßenzug wieder zur Ortsstraße

zu machen. Zuletzt bei der Bürgerversammlung im April. Und nun das: Das Baureferat empfiehlt der Stadt, den Empfehlungen und Anträgen nicht zu entsprechen.

Im Münchner Süden sorgt das für Entrüstung, Bürger fühlen sich veräppelt. Denn nach dem endgültigen Aus für den Stäbli-Durchstich zürte der Stadtrat mit großer Mehrheit per Antrag fest, wie es im Stadtbezirk weitergehen soll: Das Planungsreferat wurde aufgefordert, zusammen mit Baureferat und Kreisverwaltungsreferat bis zum Jahresende ein verkehrspolitisches Gesamtkonzept zur Entlas-

zung Forstenrieds vom zunehmenden Durchgangsverkehr zu prüfen. Außerdem sollen betroffene Anwohner die Gelegenheit bekommen, sich bei einer Bürgerwerkstatt einzubringen und die Alternativen zu diskutieren.

Im jüngsten Bezirksausschuss kritisierten Bürger das Vorpreschen des Baureferats scharf. Er sei schockiert und fassungslos, erklärte Kai Spöner, Vater zweier Kinder und Anwohner der Lochhamer Straße. Es werde versucht, eine Einzelentscheidung zu treffen. Dies müsse eigentlich Teil des Verkehrsgesamtkonzepts sein. Das liege aber

noch nicht vor. Zudem wäre eine Bürgerwerkstatt nicht mehr ergebnisoffen, sagte Spöner und bemängelte: „Warum wurden unsere Anträge abgelehnt, ohne dass ansatzweise auf unsere Begründungen eingegangen wurde?“

Diese Frage stellen sich viele im Viertel. Ein an der Drygalski-Allee wohnender Bürger verwies auf die Rechtslage und erklärte unter anderem: „Da die Landeshauptstadt München auf jede weitere gerichtliche Klärung verzichtet hat, ist auch die materiell-rechtliche Unzulässigkeit der Aufstufung bestätigt.“ Er und

andere erinnerten daran, dass mit dem Durchstichs-Aus auch der Grund für die Aufstufung entfalle. „Das Ziel der Stadt, den Stadtteil vom Durchgangsverkehr zu entlasten, kann nicht erreicht werden, wenn der Straßenzug weiterhin als Staatsstraße klassifiziert wird“, so ein weiterer Anwohner der Trasse.

Auch SPD-Stadtrat Christian Amlong – seinerzeit einer der Initiatoren der Aufstufung – äußerte sich verwundert über die Vorlage: „Ich kenne keine Motivation, warum sie eingebracht wurde.“ Er plädierte dafür, das Thema nicht zu behandeln, bevor das Ver-

kehrskonzept vorliege. CSU-Stadtrat Michael Kuffer sprach sich ebenfalls dafür aus, die Befassung zu verschieben. Auch der BA erteilte der Sitzungsvorlage eine Absage. In einem einstimmigen Antrag dankt der BA den Stadträten für die Unterstützung und macht klar, dass er die Ausführungen des Baureferats nicht teilt.

Der Forderung des Bezirksausschusses, die Vorlage zur Stäblistraße nicht wie geplant am 24. September zu behandeln, kam die Stadt nach. Der Tagespunkt wurde laut Baureferat auf den 15. Oktober vertagt. **BRIGITTA WENNINGER**